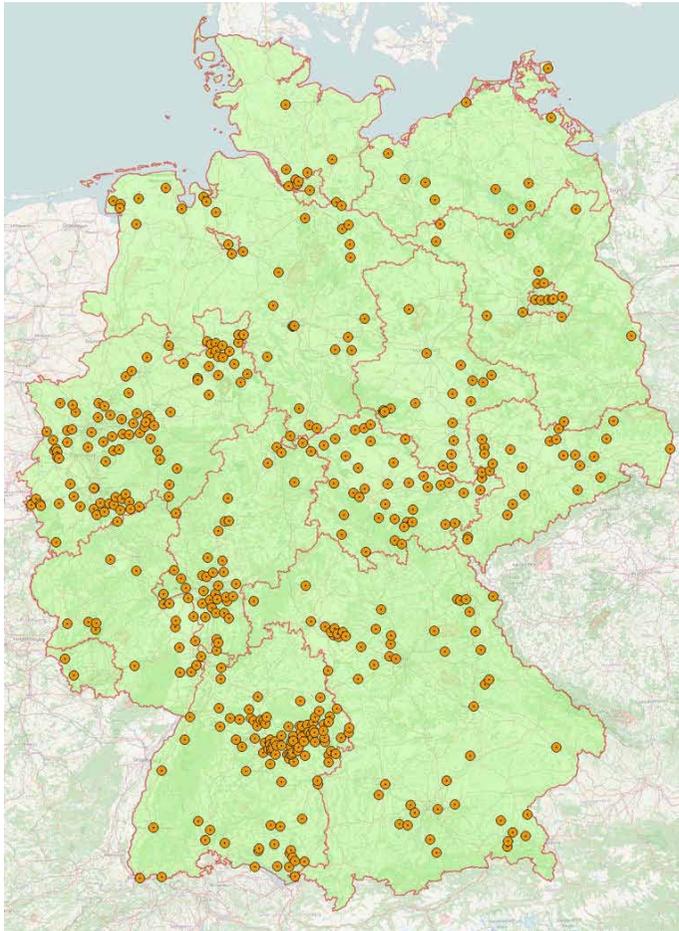


## Mayors for Peace

- ☞ 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet
- ☞ 1991 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN als Nichtregierungsorganisation (NGO) registriert
- ☞ 8.7.1996 : Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag: Atomwaffen sind völkerrechtswidrig
- ☞ 7000 Kommunen in 160 Ländern
- ☞ 470 Kommunen in Deutschland
- ☞ **Lindau ist seit 2006 Flaggenstadt der MfP**



## Was können Sie tun?

- ▶ Fordern Sie mit Ihrer **Unterschrift** (auf [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)) den Abzug von Atomwaffen!
- ▶ Nehmen Sie an Aktionen der **Friedensbewegung in Büchel** teil! Zum Beispiel: am 15. Juli mit Konstantin Wecker am Fliegerhorst Büchel.
- ▶ **Boycottieren Sie Banken**, die Milliardenbeträge in Atomwaffenhersteller investieren: z. B. Deutsche Bank, Commerzbank, Bayerische Landesbank, Deka-Gruppe, Hessische Landesbank, Allianz, Siemens, DZ Bank, KfW, Landesbank BW usw.
- ▶ Erinnern Sie **Bundestagskandidaten und Parlamentarier** an den Beschluss aller Parteien des Bundestags vom 27.3.2010, worin sie sich verpflichten, „den Abzug der in Deutschland stationierten Atombomben mit Nachdruck zu verfolgen“.
- ▶ Fordern Sie die **Bundesregierung** zur Beteiligung an den Verhandlungen für ein Atomwaffenverbot auf.



friedens  
räume  
Villa Lindenhof - Lindau im Bodensee

### Veranstalter:

Stadt Lindau OB Dr. G. Ecker, Mayor for Peace  
Friedensräume Lindau Friedensregion-Bodensee (FRB)  
Keine Waffen vom Bodensee e.V. (KWvB)  
IPPNW Internationale Vereinigung der Ärzte gegen Atomwaffen

### Kontakte regional:

Dietmar Stoller [dietmarstoller@gmx.de](mailto:dietmarstoller@gmx.de)  
Frieder Fahrbach [www.friedensregion-bodensee.de](http://www.friedensregion-bodensee.de)

### Infos und Kontakte überregional:

[www.IPPNW.de](http://www.IPPNW.de) [www.ICAN.org](http://www.ICAN.org)  
[www.atomwaffena-z.info](http://www.atomwaffena-z.info) [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)  
[www.buechel-atomwaffenfrei.de](http://www.buechel-atomwaffenfrei.de)

Vi.S.d.P.: Dietmar Stoller, Rainhausgasse 12, 88131 Lindau



平和市長会議  
Mayors for Peace

Flaggentag der Mayors for Peace  
in Lindau am 8. Juli 2017

## Bürgermeister für den Frieden

Der Stadtrat Lindau hat 1982 auf Antrag der damals nicht im Stadtrat vertretenen ‚Bunten Liste Lindau‘ einstimmig den Beschluss gefasst, „keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen dienen“.

[www.mayorsforpeace.de](http://www.mayorsforpeace.de)

# Atomwaffenlager Büchel

- In Büchel /Eifel lagern ca. **20 US-Atomwaffen** des Typs B61 mit einer Sprengkraft 26 mal so stark wie die Hiroshima-Bombe. Sie sollen in den nächsten Jahren durch weiterentwickelte und zielgenauere Typen (B61-12 smarte Lenkwaffen) ersetzt werden, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt.
- Die Kosten für diese Aufrüstung kalkuliert die USA bis 2023 auf 4 Milliarden - auch ein Grund, um von Deutschland **höhere Militärausgaben** zu verlangen (2% des BSP = 69 Mrd € statt 2017 37 Mrd.).
- Die Waffen werden im Kriegsfall vom Präsidenten der USA freigegeben. Sie unterstehen der US Air Force, die auf dem Fliegerhorst eine 139 starke Wachmannschaft bereithält.
- In Büchel bildet die deutsche Luftwaffe im Rahmen der innerhalb der NATO vereinbarten **nuklearen Teilhabe** Tornadopiloten für den Einsatz mit dieser Massenvernichtungswaffe aus.
- **85% der Deutschen befürworten den Abzug der US-Atombomben.**



## UN-Nuklearwaffen-Konvention Chancen für ein umfassendes Atomwaffenverbot

Seit 1970 gibt es den **Atomwaffensperrvertrag**, auch **Nichtverbreitungsvertrag** genannt, der fest schreibt, dass kein anderes Land außer China, Frankreich, Großbritannien, UDSSR und USA legal Atomwaffen entwickeln oder erwerben darf. Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan besitzen Atomwaffen, haben den Vertrag aber nicht unterzeichnet. Die 189 Signaturstaaten bekamen im Gegenzug Unterstützung zugesagt für wissenschaftliches Know-how und von Technologien zur Nutzung der Atomenergie für zivile Zwecke. Der Vertrag enthält auch die Verpflichtung, alle Atomwaffen „in redlicher Absicht“ durch einen Ächtungsvertrag abzurüsten.

Seit 1996 wurden verschiedene Versuche gestartet – auch von Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – die atomare Abrüstung voranzutreiben. So kam es nach vielen Verzögerungen schließlich zum Beschluss der Vereinten Nationen, im Jahr 2017 die „**Nuklearwaffen-Konvention**“ zur Grundlage neuer Verhandlungen zu machen.

Obwohl sich die Bundesregierung zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekennt, stimmte Deutschland – wie die meisten NATO-Staaten – dagegen und nahm auch an der konstituierenden Sitzung im März in New York nicht teil. Vom 15. Juni bis zum 7. Juli 2017 wird weiter verhandelt, wieder ohne Deutschland. Die Bundesregierung ist der Ansicht, dass das Atomwaffenverbot dem Atomwaffensperrvertrag schaden könnte. Allerdings verpasst sie durch den Boykott die Chance, die Verhandlungen beeinflussen zu können.



Sie missachtet das Sicherheitsbedürfnis der atomwaffenfreien Staaten und schadet ihrer eigenen abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben im März 2017 einen Antrag an die Bundesregierung gestellt, Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag aktiv zu unterstützen und sich für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa einzusetzen, was im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft abgelehnt wurde.

**Dabei sprechen sich 93% der Bundesbürger für ein völkerrechtliches Atomwaffenverbot aus.**

So gibt es weltweit weiterhin mehr als 16.000 Atomwaffen. 90% befinden sich im Besitz von Russland und den USA. Sie werden aktuell nicht reduziert, sondern modernisiert.

